



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

01. Juli 2022
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Häfen, Uni-Kliniken, Flughäfen: Nichts geht mehr!

Häfen, Flughäfen, Uni-Kliniken... In verschiedenen Betrieben protestieren Arbeitende derzeit gegen den Personal-mangel und die irrsinnige Arbeitsüberlastung, die querbeet durch alle möglichen Branchen ein bislang nicht gekanntes Ausmaß angenommen haben.

Dieser Personal-mangel ist kein Versähen oder die Folge der Pandemie. Personal-mangel ist eigentlich sogar das falsche Wort. Denn es gibt keinen Mangel an Arbeitskräften. Wie viele Millionen suchen gleichzeitig eine Stelle, aber bekommen keine oder nur befristete Teilzeit- oder Minijobs – sogar in den Branchen, wo die Unternehmer angeblich händeringend Personal suchen, wie in den Flughäfen, der Gastronomie oder der Altenpflege!

Der sogenannte Personal-mangel ist in Wahrheit das zugespitzte Ergebnis der jahrzehntelangen Sparpolitik von Unternehmen und Regierungen. Er ist das Ergebnis davon, dass über Jahre überall unzählige Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet wurden – im Öffentlichen Dienst genauso wie in quasi allen Bereichen der privaten Wirtschaft.

„Sozialverträglicher Stellenabbau“ haben sie das oft genannt. Wir sehen ja heute, wie sozialverträglich die Folgen dieser Arbeitsplatzvernichtung sind! Die Arbeit ist oft nur dann zu schaffen, wenn alle am Anschlag arbeiten, niemand krank oder in Urlaub ist und alles nach Plan läuft. Doch bei jedem kleinen Problem, einer Verzögerung in der Lieferkette oder auch nur eine Erkältungswelle, bricht das Kartenhaus zusammen.

Ganz zu schweigen davon, dass sie die Arbeitsbedingungen und Löhne in einer Reihe Betriebe mittlerweile dermaßen verschlechtert haben, dass viele schnell wieder kündigen.

Der Personal-mangel ist also kein Schicksalsschlag, den man hinnehmen muss – sondern eine Politik der Herrschenden. Die Streiks in den Häfen und Kliniken sind die richtige Antwort darauf!

An den Unikliniken in NRW fordern die Streikenden mehr Personal, um Mindestbesetzungen in allen Bereichen sicherzustellen. Und dafür haben sie sich zusammengesetzt und genau überlegt, wie viele Patienten eine Pflegekraft auf einer Intensivstation betreuen kann oder um wie viele Patienten sich eine Servicekraft oder eine Physiotherapeutin vernünftig kümmern kann. Niemand kann dies besser beurteilen als sie. Sie, die dort täglich arbeiten, wissen am besten, was gebraucht wird. Und deshalb sollten auch sie darüber entscheiden. Das gilt nicht nur in den Kliniken, sondern in allen Betrieben!

Die Arbeitenden haben obendrein keine vom Rest der Bevölkerung getrennten Interessen. Nicht umsonst rufen sie in ihren Streiks: „Mehr von uns ist besser für alle!“ Nicht umsonst haben ihre Streiks so viel Sympathie bei der Bevölkerung. Wenn sie für ihre Interessen eintreten, kämpfen sie letztlich für alle. Die Interessen derjenigen aber, die heute das Sagen haben – die Kapitalisten – sind dazu diametral entgegengesetzt.

Nehmen wir doch nur die Flughäfen. Hier haben die Konzerne die Pandemie genutzt, um zehntausende zu entlassen und nur einen Teil davon wieder einzustellen, oft zu schlechteren Bedingungen. Und das, obwohl sie Milliardenunterstützung und das gesamte Kurzarbeitergeld vom Staat bekommen haben. Das Ergebnis ist das heutige Chaos an den Flughäfen, unter dem Beschäftigte wie Fluggäste leiden – während die Lufthansa von dem so eingesparten Geld die größte italienische Fluggesellschaft aufkauft, um noch mehr Gewinn zu machen.

Oder die Häfen. Hier stauen sich Schiffe und Container, obwohl viele Hafenarbeiter*innen bereits 50-60 Stunden die Woche arbeiten. Doch die Hafenbetreiber wollen noch mehr Stellen abbauen, nur um noch mehr Millionen für die Aktionäre einzusparen!

Sie sparen weiter, obwohl sie damit sogar die Grundlagen ihrer eigenen Profitwirtschaft untergraben. Sie haben so viel Personal eingespart, dass 43.000 Container wochenlang stehen bleiben – und mit ihnen Fabriken, Baustellen und Werkstätten, die auf die Güter in diesen Containern warten.

Sie haben so viel Personal eingespart, dass Flugzeuge am Boden bleiben oder Chemie-Anlagen heruntergefahren werden müssen. Sie haben so viele Fabriken und Lager aus Kostengründen geschlossen, dass die Produktion nicht mehr ohne ständige Verzögerungen bei den Lieferketten und Stillständen in den Betrieben abläuft.

Und trotzdem sparen sie immer weiter. Denn es ist der einfachste Weg, um ihre Profite zu erhöhen. Die Absatzmärkte weltweit sind gesättigt. Sie verringern sich eher noch: Denn wie sollen die Menschen mehr kaufen, wenn sie weltweit immer ärmer werden?

Die Kapitalisten können ihre Gewinne daher nicht mehr erhöhen, indem sie mehr produzieren. Sondern nur noch dadurch, dass sie alles Bestehende auspressen und aussaugen: die Arbeitenden, die Infrastruktur, die Staatskasse, die Krankenhäuser und Altenheime, ihre eigenen Fabrikanlagen und Betriebe. Und indem sie mit anderen Kapitalisten umso aggressiver um die verbleibenden Absatzmärkte kämpfen – mit all den Krisen, Handelskriegen und letztlich Kriegen, die dies hervorbringt.

Das Großkapital kann damit leben, dass seine marode Wirtschaftsordnung immer weiter aus den Fugen gerät. Denn auch stockende Lieferketten, Chaos und Krieg sind für sie noch ausgezeichnete Gelegenheiten, sich zu bereichern. Deshalb werden sie weitermachen – solange, bis die arbeitende Klasse ihnen die Macht wegnimmt. Nur sie, deren persönliche Interessen im Einklang mit den Interessen der gesamten Menschheit stehen, kann der Welt eine andere Perspektive bieten.

Auch nach 9 Wochen:

Die Arbeitenden an den Unikliniken streiken weiter!

Der Streik für mehr Personal und Entlastung an den sechs Unikliniken in NRW geht weiter. Und nicht nur das. Seit einer Woche ist die Zahl der Streikenden in mehreren Kliniken wieder um fast ein Viertel gestiegen.

Die wochenlange Hinhaltetaktik der Klinikvorstände und ihr zweifacher Versuch, den Streik gerichtlich verbieten zu lassen, macht viele wirklich wütend. Das Kalkül von Vorständen und Landesregierung ist damit nach hinten losgegangen.

Diese hatten außerdem geglaubt, sie könnten die Streikenden spalten, indem sie einem Teil (den Pflegekräften auf den Stationen) ein paar Brotkrumen anbieten, während sie den Arbeitenden im Service, der Physiotherapie, Küche, Kita und anderen Bereichen sagen: „Ihr bekommt gar nichts.“ Stattdessen haben 9 Wochen Streik hunderte Arbeitende, die sich vorher nicht kannten, die in verschiedenen Berufen oder verschiedenen Kliniken arbeiten, zusammengeschweißt.

Vorstände und Regierung haben auch darauf gesetzt, dass sich die Stimmung in der Öffentlichkeit irgendwann gegen den Streik wendet. Sie haben eindeutig unterschätzt, wie viele Menschen bereits unter dem Personalmangel in den Krankenhäusern leiden mussten oder selber ähnliche Bedingungen auf der Arbeit haben – und daher die Streikenden aus vollem Herzen unterstützen. Selbst Patienten, deren Behandlungen oder Operationen wegen des Streiks verschoben werden mussten, ermutigen die Streikenden weiterzumachen.

Den Streikenden ist dennoch klar, dass ihr Kampf an Grenzen stößt. Nur eine kleine Minderheit – zwischen 100 und 500 Beschäftigte pro Klinikum – streikt mit. Und auf der anderen Seite stehen Klinikvorstände und Landesregierung, die angesichts von Krise und Milliarden-schulden um jeden Preis sparen wollen.

Doch die Stärke der Streikenden ist, dass sie nicht locker lassen. Sie gehen in die Öffentlichkeit. Sie tauchen überall auf, wo Partei-Vertreter der neuen Landesregierung sich zusammenfinden – ob in den Stadträten, bei den Landesparteitagen oder der ersten Sitzung des Landtages, wo diese irgendwann zähneknirschend die vage Zusage gegeben haben, etwas Geld für die Streikenden

herauszurücken.

Auch sonst haben die Streikenden interessante Erfahrungen gesammelt. So haben sie den Vorstand der Essener Uniklinik und eine Woche später den Essener Stadtrat mit einem Besuch überrascht. Und beide haben sich ganz schnell eingeschlossen (!) und Polizei und Ordnungsamt zu ihrer Unterstützung geholt... weil es ihnen zu unangenehm ist, mit den Streikenden zu reden.

Als die Streikenden am Düsseldorfer Landtag verschiedene Parteien zur Rede gestellt haben, hat ein FDP-Politiker aus Versehen ausgeplaudert, dass die Regierung ihnen auch deshalb nicht mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen gewähren könnte, weil das „unfair“ gegenüber den privaten Krankenhäusern

(Sana, Helios usw.) wäre. Deren Personal würde dann ja vermehrt in die Unikliniken wechseln – wenn sie ihnen nicht ebenfalls bessere Bedingungen geben.

Sprich: Die Regierung will auch deshalb keine besseren Bedingungen in den öffentlichen Krankenhäusern, damit auch die privaten Krankenhaus-Konzerne weiterhin so wenig Geld wie möglich für die Beschäftigten ausgeben und damit so viel Geld wie möglich den Aktionären zuschanzen können. Auch um deren Interessen zu verteidigen, stellen sich die Herrschenden also so hartnäckig gegen die Forderungen der Streikenden.

Für die Arbeitenden der privaten Krankenhäuser eigentlich der richtige Moment, sich dem Kampf der Uniklinik-Beschäftigten anzuschließen.



Die Streikenden besuchen andere Betriebe

Streikende vom Uniklinikum Essen gehen auch zu anderen Krankenhäusern, um ihren Streik bekannt zu machen und die Kolleg*innen zu ermuntern, den Kampf ebenfalls aufzunehmen. Ebenso besuchen sie andere Betriebe. So war eine Gruppe von ihnen bei der Druckerei Barthel, um die dortigen Arbeiter*innen zu unterstützen, die zum ersten Mal in ihrem Leben für einige Stunden gestreikt haben. Und den Stahlarbeiter*innen, die für mehr Lohn die Arbeit niedergelegt haben, überbrachten sie auf zwei Kundebungen folgende Botschaft:

*„Ihr wehrt euch dagegen, dass die Unternehmen die steigenden Preise komplett auf uns abwälzen. Ihr verlangt, dass die Inflation ausgeglichen wird, dass ihr höhere Löhne bekommt. Damit kämpft ihr Stahlarbeiter*innen auch für uns. (...) Und wir Klinik-Beschäftigte streiken umgekehrt auch für euch. Zum einen, weil jeder von euch irgendwann bei uns Patient sein kann. Doch auch, weil ja auch bei euch immer mehr gespart und Personal abgebaut wird. Weil auch bei euch immer weniger Kollegen die ganze Arbeit schaffen sollen. Weil auch bei euch die Arbeitsbedingungen immer schlechter werden. (...)*

Wir haben letztlich überall die gleichen Forderungen: Ausreichend und sichere Arbeitsplätze zu vernünftigen Arbeitsbedingungen, in denen wir bis zur Rente durchhalten können! Und Löhne, von denen wir alle vernünftig leben können. Und selbst wenn wir jetzt noch nicht zusammen für unsere Forderungen streiken: Zumindest können wir uns heute gegenseitig unterstützen.“

Ford Saarlouis und Valencia: Gemeinsam gegen die Angriffe der Bosse!

Am 22. Juni haben 4.600 Arbeiter*innen von Ford Saarlouis (Saarland) – und mit ihnen 1.400 bei Subfirmen – erfahren, dass ihr Werk in drei Jahren wahrscheinlich geschlossen wird.

Fast vier Jahre lang hat das Management sie gegen ihre Kolleg*innen im Ford-Werk in Valencia (Spanien) ausgespielt. Beiden haben sie gesagt: „Wer bis 2022 am kostengünstigsten produziert, der bekommt die neuen E-Auto-Modelle. Für den anderen Standort ist dann wahrscheinlich keine Arbeit mehr da.“

Mit dieser Erpressung haben sie erreicht, dass die Arbeitenden in beiden Betrieben drastische Verschlechterungen hingenommen haben – in Saarlouis allein den Abbau von 2.500 Stellen und den Wegfall der Nachtschicht. Und die Betriebsräte haben dabei mitgeholfen. Auch sie haben die alte Lüge verbreitet, dass die Arbeitenden durch Verzicht, mehr Arbeit und Arbeitsplatzvernichtung... die übrigen Arbeitsplätze sichern würden. Als ob dies jemals funktioniert hätte!



Spontane Demonstration gegen die Werksschließung

Am Ende sind alle Arbeiter*innen die Verlierer. In Valencia arbeiten sie nun zu noch schlechteren Bedingungen und mit noch weniger Leuten, also mit noch mehr Arbeitshetze als vorher. Und in Saarlouis verlieren tausende vielleicht bald ihren Arbeitsplatz. Der lachende Dritte sind die Bosse von Ford, deren Gewinne steigen.

Die einzige Perspektive, die den Arbeitenden wirklich bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und -bedingungen helfen kann, ist der gemeinsame Kampf für den Erhalt aller Standorte und Arbeitsplätze und die Aufteilung der Arbeit unter Allen!

Essen: Und wann schließt die letzte Geburtsklinik?

In Essen hat das Krupp-Krankenhaus von heute auf morgen seine Geburtsklinik geschlossen – für immer. 750 Schwangere pro Jahr müssen jetzt eine andere Klinik finden. Doch es gibt nur noch zwei Krankenhäuser mit Kreißsaal in dieser Großstadt mit über 600.000 Einwohnern.

Vor anderthalb Jahren nämlich wurde schon eine Geburtsklinik geschlossen. Seitdem mussten in den verbleibenden drei Kliniken immer wieder Frauen auf dem Zimmer gebären, weil im Kreißsaal kein Platz mehr war. Immer wieder wurden Schwangere von den Kliniken abgewiesen, weil diese keinen Platz oder kein Personal für weitere Geburten hatten. Und nun wird sich die Lage noch einmal massiv verschlechtern.

In vielen anderen Gegenden Deutschlands sieht es nicht besser aus. Immer mehr Geburtskliniken schließen, weil diese für die Krankenhausbetreiber schlicht nicht „profitabel“ sind. Und in den verbleibenden Kliniken sind die Arbeitsbedingungen so schlecht geworden, dass Hebammen reihenweise kündigen und der Betrieb dann ebenfalls eingestellt wird. In einem der reichsten Länder wird die Versorgung von Schwangeren so von Jahr zu Jahr schlechter – eine weitere verbrecherische Folge der Ausrichtung der Krankenhäuser auf Profit.

42-Stunden-Woche: (K)ein Tippfehler

Die Unternehmensverbände fordern zur Bekämpfung des „Personalmangels“ allen Ernstes die Einführung der 42-Stunden-Woche für alle Arbeitenden in Deutschland.

Was für ein unglaublicher Zynismus! Da werden Millionen Arbeitende in Minijobs oder Teilzeit gezwungen – zu Löhnen, von denen sie nicht einmal ihre Miete, Strom und Essen bestreiten können. Da werden zahllose Arbeits- und Ausbildungsplätze abgebaut. Da können fast drei Millionen Menschen gar keine Arbeit finden.

Und dann sagen die Kapitalisten den anderen, die in ihrem Vollzeitjob schon jetzt auf dem Zahnfleisch gehen: „Wir finden leider keine Arbeitskräfte, ihr müsst deshalb jetzt 42 Stunden die Woche arbeiten.“

Im Interesse Aller (außer den Kapitalisten) ist genau das Gegenteil notwendig: Alle können weniger und kürzer arbeiten – wenn man die Arbeit auf viel mehr Schultern aufteilt!

Explodierende Armut – und explodierender Reichtum

Die Armutsquote in Deutschland hat 2021 einen neuen Rekord gebrochen. 13,8 Millionen Menschen müssen hierzulande in Armut leben, 600.000 mehr als noch vor zwei Jahren. Einen neuen Rekord hat auch die Zahl derjenigen erreicht, die arbeiten gehen und trotzdem arm sind. Hinter diesen nackten Zahlen verbergen sich ein täglicher Kampf von Millionen Menschen; verbergen sich Sorgen beim Öffnen jedes Briefes (der eine Rechnung sein könnte), tägliches Abwägen im Supermarkt. Und nun, wo obendrein die Preise explodieren, bedeutet es für viele Stromsperrungen, Überschuldung...

Gleichzeitig sind auch die Millionäre und Milliardäre in Deutschland erneut zahlreicher und reicher geworden. Allein die zehn reichsten Deutschen haben ihr Vermögen im letzten Jahr fast verdoppelt, von 135 auf 239 Milliarden Euro! Zu diesen 10 Reichsten gehören die Besitzer der deutschen Lebensmittelkonzerne, die Hauptaktionäre von BMW, ebenso zwei Anteilseigner von BioNTech. Durchschnittlich hat jeder von ihnen pro Tag (!) 30 Millionen Euro mehr auf dem Konto – mitten in Pandemie und Lieferketten-Problemen.

Das sind die zwei Seiten der Medaille: Das Großkapital profitiert von Pandemie, Krieg und wirtschaftlichem Chaos – die Arbeitenden weltweit sind ihr Opfer.

Die Kapitalisten drehen an der Preis-Spirale, drehen wir an der Lohn-Spirale!

Die Preise steigen weiter. Und was rät uns SPD-Kanzler Scholz? Wir sollen auf Lohnerhöhungen verzichten. Statt Lohnforderungen zu stellen, die die Inflation wirklich ausgleichen, sollen die Gewerkschaften uns seiner Ansicht nach mit Einmal-Zahlungen abspeisen. Scholz hat dafür seine „konzertierte Aktion“ ausgerufen und Unternehmerverbände und Gewerkschaften am 4. Juli zu sich eingeladen.

Scholz kommt ernsthaft mit dem billigen, alten Argument, höhere Löhne würden zu höheren Preisen führen und man müsse eine „Lohn-Preis-Spirale“ verhindern. Was für ein schlechter Scherz in einer Zeit, in der die Unternehmer die Preise ständig weiter erhöhen, ohne dass unsere Löhne auch nur in Ansätzen so gestiegen wären.

Und keiner weiß, wie stark und schnell die Preise in den kommenden Wochen und Monaten noch steigen werden. Allein die Heizkosten könnten durch die „Alarmstufe Gas“, die die Regierung gerade ausgerufen hat, bald noch einmal drastisch steigen. Wenn also die Gewerkschaften auf etwas verzichten sollten, dann darauf, Lohnerhöhungen für einen langen Zeitraum von anderthalb oder zwei Jahren zu vereinbaren. Was wir heute brauchen, ist eine Preis-Lohn-Spirale: Wenn die Preise jeden Monat steigen, müssen auch die Löhne jeden Monat mitsteigen!



Wilder Streik bei Hoesch 1969

Aus der Geschichte lernen:

Die „konzertierte Aktion“ der 60er/70er Jahre

Scholz will mit seinen Plänen an die „konzertierte Aktion“ von 1967 anknüpfen. Damals hatten Regierung, Unternehmerverbände und Gewerkschaften ein Bündnis geschlossen, angeblich um Unternehmen und Beschäftigte „gemeinsam“ durch die erste Krise nach dem ‚Wirtschaftswunder‘ zu führen. Genau wie heute bedeutete das in Wahrheit: Die Arbeitenden sollten verzichten, um die Profite der Unternehmen in der Krise zu sichern. Die Gewerkschaften machten mit und begnügten sich mit sehr niedrigen Lohnforderungen, teilweise von nur einem Prozent.

Allerdings hat Scholz offensichtlich vergessen, wie die „konzertierte Aktion“ ausgegangen ist. Die Arbeitenden haben die „konzertierten“ Lohn-Abschlüsse von Gewerkschaften und Unternehmern irgendwann nicht mehr anerkannt und haben in einer Reihe Betriebe ohne Gewerkschaften zu streiken begonnen – was die Gewerkschaftsführung zum „Umdenken“ zwang und die Unternehmer dazu, 1969 und in den darauffolgenden Jahren Lohnerhöhungen von 10% und mehr zu akzeptieren.

Volkswagen:

Angeklagt wegen Sklaverei

Der VW-Konzern steht in Brasilien vor Gericht. Er hat unter der Militärdiktatur über tausend Tagelöhner für Rodungsarbeiten als Sklaven gehalten. Und zwar nicht vor 100 Jahren, sondern zwischen 1974 und 1986.

Auf 2.000 Seiten dokumentieren Zeugnisaussagen die unmenschliche Behandlung, die die Arbeiter*innen erlitten haben: Prügel, Terror, Vergewaltigungen, Kranke und Verletzte, denen jede Behandlung verweigert wurde und die noch mit vorgehaltener Waffe zur Arbeit gezwungen wurden... All das war Alltag.

Alle Arbeiter*innen hatten sich für die „Arbeitsvermittlung“ bei den Handlangern des VW-Konzerns verschuldet. Zusätzlich mussten sie Wucherpreise für ihre Lebensmittel bezahlen, wodurch sie sich immer weiter verschuldeten. Und solange sie Schulden hatten, durften sie den Betrieb nicht verlassen. Wer trotzdem zu fliehen versuchte, wurde erschossen oder an Bäume gefesselt und tagelang geschlagen.

Der damalige Manager Brügger kommentierte dies kürzlich nur lapidar mit dem Satz: „Wenn 1000 Leute auf einem Haufen sind, geht es nicht immer ganz zart zu.“

Hier geben sich die Bosse der deutschen Konzerne gerne als Saubermänner und „Sozialpartner“. Doch sobald ein Regime sie lässt, kennen sie in ihrer Ausbeutung der Arbeiter*innen keine Grenzen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!